

Das Schlägle der Republik

Warum die parlamentarische Demokratie Macht abgeben muss, um sie zu behalten

Von Dr. Raban Daniel Fuhrmann

Früher sagte man auf dem Land, jemand habe „ein Schlägle“ gehabt. Kein großer Infarkt, ein leichter. Man kommt wieder auf die Beine. Aber der Arzt sagt einen Satz, der hängen bleibt: Wenn Sie so weitermachen, kommt der nächste. Und den überleben Sie vielleicht nicht.

Die jüngsten Landtagswahlen sind ein solches Warnsignal für die Bundesrepublik. Der Patient lebt, die Institutionen arbeiten, das Grundgesetz gilt. Wer die Ergebnisse aber als Stimmungsausschlag abtut, den bessere Kommunikation wieder einfängt, verkennet die Diagnose. Wir erleben keine Krise *in* unserem demokratischen Modell. Wir erleben eine Krise *des* Modells.

Ein überkommenes Modell

Die parlamentarische Parteiendemokratie stammt aus dem 19. Jahrhundert und wurde nach 1945 zum Goldstandard. Heute ist sie doppelt überkommen. Sie liefert nicht mehr: Bei Wohnungsbau, Rente, Pflege oder Integration haben die Menschen jedes Versprechen schon gehört, von allen Parteien, in jeder Koalition. Was bleibt, ist nicht Wut, sondern Ohnmacht. Und sie hält nicht mehr Schritt: Die Probleme sind exponentiell komplexer geworden, die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger ebenso. Der stille Grundvertrag „Die machen das schon“ ist aufgekündigt.

Aus eigener Kraft kommen die Parteien da nicht heraus. Sie rekrutieren weltanschaulich Überzeugte, und wer Posten übernimmt, hat Berufs- und Versorgungsinteressen. Das ist menschlich, erzeugt aber eine strukturelle Befangenheit. Der Staat häuft Aufgaben, Stellen und Regeln an, bis der Gestaltungsspielraum erstickt ist. Wer das Notwendige anpackt, wird abgestraft. Und wer als Neuer mit direkter Demokratie antritt, vergisst sie, sobald er im System angekommen ist. Das Rotationsprinzip der frühen Grünen lässt grüßen.

Die Lehre der Monarchien

Es gibt einen Ausweg, und die Geschichte kennt ihn. Überlebt haben in Europa nur die Monarchien, die rechtzeitig Macht abgegeben haben. Sie wurden konstitutionell, verloren an Macht und gewannen an Bedeutung: als verbindende Kraft, als Hort höherer Verantwortung. Große Verfassungsreformen gelingen sonst meist erst nach dem Zusammenbruch. Unsere Aufgabe ist es, sie *vorher* zu schaffen.

Das ist die Warnung an das Parlamentsmodell der Bundesrepublik: Wer die Macht behalten will, muss sie teilen. Nicht mit der Straße und nicht mit Populisten, sondern mit geordneten, transsektoralen und deliberativen Verfahren. Das Parlament bleibt, als Ort, der diese Verfahren trägt, schützt und ihre Ergebnisse umsetzt. Aber es bestimmt nicht mehr allein die Spielregeln.

Der Trainingsplan: vier Übungen

Nach dem Schlägle hilft keine Wunderpille, sondern nur ein anderer Lebenswandel. Die Demokratie muss sich selbst in Form bringen. Vier Übungen gehören zum Trainingsplan.

1. Kleine Einheiten stärken

Je größer die Einheit, desto eher wird sie zur Beute, für Lobbyinteressen wie für Apparate. Vor Ort dagegen kennt man sich, Verantwortung ist sichtbar, Ergebnisse sind greifbar. Deshalb gehören Kompetenzen und Geld massiv nach unten. Kommunen brauchen eigene Verfassungsautonomie und Experimentierklauseln: das Recht, neue Wege zu gehen, vom Bürgerhaushalt bis zur eigenen Wohnungspolitik, ohne dass jeder Versuch sofort im Klageweg erstickt.

2. Die großen Fragen gemeinsam entscheiden

Rente, Gesundheit, Klima, Staatsfinanzen: Diese Themen lassen sich parteipolitisch nicht mehr lösen, nur gesamtgesellschaftlich. Das Verfahren ist erprobt. Zuerst klären Fachleute aus unterschiedlichen Perspektiven gemeinsam die Fakten. Dann beraten zufällig ausgeloste Bürgerinnen und Bürger. Am Ende steht eine verbindliche Entscheidung, wenn nötig per Abstimmung. Der Staat wird zum Gastgeber, der den Prozess ermöglicht und für die Umsetzung bürgt.

Man stelle sich vor, die Bundesregierung hätte über die Milliarden der Sondervermögen so entschieden, wie jeder Verein seine Mitgliederversammlung fragt, bevor er ein neues Vereinsheim baut. Die Wirkung wäre eine völlig andere gewesen.

3. Die Demokratie lernen lassen

Regeln und Institutionen sind keine ewigen Gesetze. Selbst das Grundgesetz, das Betriebssystem unserer Gesellschaft, braucht regelmäßige Updates, gemeinsam erarbeitet. Die prozedurale Wende beginnt mit einer einfachen Einsicht: Regeln regeln nur dann wirksam, wenn sie regelmäßig überprüft und weiterentwickelt werden. Eine jährliche Demokratiebilanz würde zeigen, was funktioniert und was nicht. Und sie wäre ein Anlass, stolz auf das gemeinsam Erreichte zu sein.

4. Alle in die Pflicht nehmen

Ein Gemeinwohldienst für alle, die in Deutschland leben: zunächst fünf Tage im Jahr, per Los zugeteilt. Beratend im Bürgerrat oder praktisch im Quartier, Seite an Seite mit Menschen, denen man sonst nie begegnen würde. Hinter vielen Protestwahlen steht das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, und künstliche Intelligenz wird es noch verstärken. Die Antwort heißt: mehr Mensch, weniger System. Gebraucht wird, was nur Menschen können: gemeinsam abwägen, aushandeln, anpacken.

Lust auf Zukunft

Im vergangenen Jahrhundert haben wir Hunger und Kälte durch technische Innovation besiegt. Niemand behandelt Kranke heute wie vor achtzig Jahren. Warum machen wir dann Politik wie vor achtzig Jahren? Vor uns liegt ein Jahrhundert der sozialen und politischen Innovation. Das ist die Erzählung, die wir den Populisten entgegensetzen können.

An die Parteien der demokratischen Mitte heißt das: Gebt Macht ab, bevor sie euch genommen wird. Nicht im Hauruck, sondern mit der Gesellschaft. Das ist keine Schwäche. Es ist der klügste Weg, relevant zu bleiben.

Das Schlägle war die Warnung. Jetzt ist die Zeit, das Leben zu ändern.